

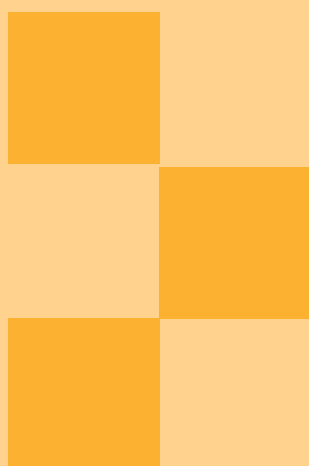


KOBLENZ - Magnet am Deutschen Eck:
Die Stadt zum Bleiben.

www.koblenz.de

inpact
LEBEN UND ARBEITEN IN VIelfALT

Kulturamt der Stadt Koblenz,
Projektgruppe InPact (Hg.)



Vielfalt am Deutschen Eck

Dokumentation des
Koblenzer
Stadtgespräches zur
Integrationspolitik am
23.09.2005



Vielfalt am Deutschen Eck



Dokumentation des Koblenzer
Stadtgespräches zur Integrationspolitik
am 23.09.2005

IMPRESSUM

Herausgeber **Kulturamt der Stadt Koblenz,
InPact-Projektgruppe**

Dieser gehören an:

- Schneider
Organisationsberatung
- Arbeitsgemeinschaft der
Ausländerbeiräte
Rheinland-Pfalz (AGARP)
- Arbeit und Leben
- Institut für
Sozialpädagogische
Forschung Mainz (ism)

Redaktion **Astrid Becker
Doris Hormel
Georges Rotink**

**Layout und
Umschlaggestaltung** **Georges Rotink**

Fotos **Astrid Becker
Georges Rotink**

Druck **Knotenpunkt
Offsetdruck Gmbh
Buch/Hunsrück**

November 2005

INHALTSVERZEICHNIS

	Vielfalt am Deutschen Eck
Seite 4	Koblenzer Stadtgespräch erfolgreich gestartet <i>Astrid Becker</i>
	Ein Blick über die Stadtgrenzen
Seite 6	Mit welchen kommunalen Strategien kann Integration nachhaltig organisiert werden? <i>Miguel Vicente</i>
Seite 9	Das Integrationskonzept der Stadt Wiesbaden <i>Jeanine Rudolph</i>
Seite 12	Das Interkulturelle Gesamtkonzept der Stadt Solingen <i>Anne Wehkamp</i>
	Koblenzer TischGespäche
Seite 16	Bedarfe - Perspektiven - Handlungsansätze
Seite 18	Darstellung der Ergebnisse
	Vom Stadtgespräch zur Stadtpolitik
Seite 23	Politische Entscheidung auf breiter Basis erforderlich <i>Vito Contento</i>
Seite 24	Vernetzung und klare Verantwortlichkeiten als erste Schritte einer strategischen Integrationspolitik in Koblenz <i>Dr. Eberhard Schulte-Wissermann</i>
	Anhang
Seite 25	Programm
Seite 26	Teilnehmerliste

Koblenzer Stadtgespräch zur Integration erfolgreich gestartet

*Astrid Becker, Schneider Organisationsberatung
InPact-Projektgruppe*

Die Mühe hatte sich gelohnt: Trotz des wunderschönen Wetters zum Herbstanfang fanden sich am Freitag Nachmittag, den 23. September 2005 rund 90 Koblenzerinnen und Koblenzer im altherwürdigen Ratssaal der Stadt zum ersten „Koblenzer Stadtgespräch zur Integration“ ein. Oberbürgermeister Dr. Eberhard Schulte-Wissermann hatte auf Initiative des Ausländerbeirates der Stadt Koblenz eingeladen, um gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Stadtverwaltung, der Wohlfahrtsverbände, der Fraktionen im Stadtrat, der Bildungseinrichtungen und anderen wichtigen Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Soziales über eine Neuorientierung der Integrationspolitik in Koblenz zu diskutieren. Die Veranstaltung wurde in Kooperation mit der InPact-Projektgruppe durchgeführt, die sich durch vielfältige Angebote landesweit für die Gleichstellung von Migrantinnen und Migranten in Beruf und Gesellschaft einsetzt.

Dr. Schulte-Wissermann stellte gleich zu Beginn der Veranstaltung klar: Koblenz mit seiner prominenten Lage am Rhein hat eine lange Tradition als eine Stadt, die Menschen, die hier leben und arbeiten wollen, offen aufnimmt. Dieses Selbstverständnis findet sich auch im Leitbild wieder - „Koblenz, die Stadt zum Bleiben“ - und bietet aus Sicht des Oberbürgermeisters einen geeigneten Anknüpfungspunkt, um auch die Integration von Migranten und Migrantinnen in Koblenz einer systematischen Überprüfung zu unterziehen.

Miguel Vicente, Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Rheinland-Pfalz, wies in seinem Eingangsvortrag darauf hin, dass in den meisten Kommunen durchaus viel Geld für Sprachkurse, Integrationsmaßnahmen und Soziale Arbeit mit Migranten ausgegeben werde, es häufig jedoch an Abstimmung fehle und deshalb für die Integration wichtige Impulse teilweise wirkungslos verpufften oder im schlimmsten Fall durch gegensätzliche Aktivitäten konterkariert würden. Er warb daher für eine stärkere strategische Ausrichtung der kommunalen Integrationspolitik mit einer klaren institutionalisierten Steuerung. Angesichts der sich abzeichnenden demografischen Entwicklung, die vor allem die Kommunen vor große personelle und finanzielle

Herausforderungen stellen werde, so Vicente, sei es nicht mehr tragbar, die Ergebnisse der Integrationsarbeit mehr oder weniger dem Zufall zu überlassen.

Wie eine strategische Ausrichtung der Integrationspolitik in der Praxis aussehen kann, wurde an den beiden Beispielen aus Wiesbaden und Solingen deutlich.

Jeanine Rudolph, Abteilungsleiterin im neu geschaffenen Einwohner- und Integrationsamt der Stadt Wiesbaden, stellte dar, wie in der hessischen Landeshauptstadt im Laufe eines einjährigen Prozesses mit vielen externen Partnern ein Integrationskonzept erstellt wurde. Neben der transparenten Struktur hinsichtlich der Verantwortlichkeiten überzeugte die Anwesenden vor allem die konsequente Definition von überprüfbaren Zielen für die Integrationsarbeit, denen sich in Wiesbaden alle Beteiligten verpflichtet sehen. „Hinter jedem Ziel, das wir beschrieben haben“, so Jeanine Rudolph, „steht eine Zahl, an der wir den Umsetzungserfolg messen können.“

Anne Wehkamp aus Solingen wies in ihrem Beitrag darauf hin, wie wichtig eine gute Kommunikation und Kooperation mit den Freien Trägern und vor allem auch mit den Migrantenorganisationen sei. Neben Zeit, Geduld und klaren zeitlichen Vorgaben brauche ein erfolgreicher Prozess vor allem jedoch eine Umorientierung: „Migration muss als Querschnittsaufgabe im gesamten Verwaltungshandeln verstanden werden“, sagte Wehkamp. Deshalb erfordere die interkulturelle Orientierung nicht unbedingt einen Mehraufwand, sondern in erster Linie ein Umdenken der Beteiligten.

Nach dieser Phase der Information waren die zahlreich erschienenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den unterschiedlichen Bereichen der Bildungs-, Jugend- und Sozialarbeit, aus Politik, Verwaltung und Migrantenvereinen um ihre Meinung und Mitwirkung gefragt. In fünf Arbeitsgruppen ging es darum, eine erste Einschätzung zum Handlungsbedarf hinsichtlich der Integration von Migranten in der Stadt Koblenz vorzunehmen.

Schon die zahlenmäßige Besetzung der Arbeitsgruppen wies darauf hin, dass im Bildungs- und Erziehungsbereich besonderer Handlungsbedarf gesehen wurde. Zu den Problemfeldern, die die beiden AG-Sprecherinnen, Frau Thau und Frau Frank-Morher vortrugen, gehörten mangelnde Sprachkenntnisse verbunden mit unzureichenden Angeboten zur Förderung und fehlende angemessene Unterstützung für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Die fehlende Einbindung ausländischer Eltern in die Bildungs- und Erziehungsarbeit wurde besonders häufig als Problem benannt. Auch die Potenziale, die die Koblenzer Hochschulen nicht zuletzt durch ihre ausländischen Studierenden bieten könnten, würden bisher gar nicht genutzt.

Als wesentliche die Integration hemmende Faktoren beschrieb Frau Rummeny von der AG „Arbeit und Wirtschaft“ vor allem fehlende Arbeits- und Ausbildungsplätze und die strukturelle Benachteiligung von Migranten am Arbeitsmarkt.

Aber auch die teilweise fehlende Transparenz von Verwaltungshandeln, Ängste auf Seiten der deutschen und nichtdeutschen Bevölkerung sowie Rückzugstendenzen von Migranten vor allem der dritten Generation wurden in verschiedenen Arbeitsgruppen formuliert.

Doch neben allen Schwierigkeiten gab es auch gute Ansätze zu vermeiden, zu denen z.B. die Projekte im Rahmen der Förderprogramme BORIS und LOS gehören, Angebote wie die Interkulturelle Woche und schließlich auch das „Koblenzer Stadtgespräch“ selbst zählen können. Herr Hehl von der Arbeitsgruppe „Verwaltung und Organisation“ verwies auf die guten Erfahrungen in der Netzwerkarbeit im Bereich Kriminalprävention, die eine wichtige Ressource für zukünftige Kooperationsstrukturen bei der Entwicklung eines Integrationskonzeptes darstellen könnten.

Die Vorschläge für eine Koblenzer Strategie zur Verbesserung der Integration fielen in der Mehrzahl recht einhellig aus: Alle Arbeitsgruppen sprachen sich für eine Koordination der Koblenzer Integrationsarbeit und notwendige Netzwerkstrukturen aus. Nicht Aktionismus, sondern eine wohl überlegte Strategie, die alle wichtigen Akteure einbindet und zunächst erhebt, welche Integrationsmaßnahmen und Instrumente bereits vorhanden seien, müsse das Ziel der Arbeit sein, empfahl Dr. Kues von der Arbeitsgruppe „Soziale Dienste und Beratung“.

Als weiterer wichtiger Punkt wurde die kontinuierliche Weiterbildung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit Migranten in Kontakt stehen, und die Förderung der interkulturellen Kompetenz in der Verwaltung angesehen.

Für eine erfolgreiche Umsetzung der Integrationspolitik müssen folgende drei wesentliche Voraussetzungen aus den Ergebnissen der Arbeitsgruppen festgehalten werden:

1. Die finanziellen Rahmenbedingungen müssen gegeben sein,
2. die Integrationsstrategie muss politisch gewollt sein und
3. ein klarer Handlungsauftrag an die Verwaltung und die externen Kooperationspartner muss erfolgen.

Die engagierte Mitwirkung der Anwesenden und die qualitativ wie quantitativ guten Ergebnisse konnten zustande kommen, weil es in Koblenz schon viele Ansätze der Netzwerkarbeit gibt, und weil der Ausländerbeirat als wichtiger Motor bereits seit fast einem Jahr mit Verwaltungsvertretern, Fraktionen, Wohlfahrtsverbänden und anderen wichtigen Akteuren im Gespräch ist, um Partner für die Weichenstellung zur Neuorientierung der Integrationspolitik zu gewinnen.

Vito Contento, der Vorsitzende des Ausländerbeirates würdigte die Arbeitsergebnisse der Tagung als zutreffend und hilfreich; gleichzeitig hob er die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit der Verwaltung hervor. Um den Schwung der Veranstaltung zu nutzen, schlug Contento vor, möglichst bald konkrete Schritte für die weitere Arbeit in Angriff zu nehmen. InPact könne in diesem Prozess ein wichtiger unterstützender Partner sein. Der Ausländerbeirat, so Contento, werde seine Bemühungen für die Umsetzung eines strategischen Integrationskonzeptes weiterführen und hierbei auch die politischen Gremien in seine Arbeit einbeziehen.

Oberbürgermeister Schulte-Wissermann lobte in seinem Schlusswort das konstruktive Klima und die gute Zusammenarbeit, die er bei der Veranstaltung erfahren habe. Auch wenn die Koblenzer Integrationspolitik nicht „bei Null“ starte, sei sie sicherlich noch verbesserungsfähig. Insbesondere lohne es sich, den Ansatz der Stadt Wiesbaden auf seine Übertragbarkeit auf Koblenz hin zu überprüfen. Am Anfang müsse jedoch eine Bestandsaufnahme stehen, die Aufschluss darüber gebe, wie weit man in Koblenz von einem strategischen Konzept der Integration entfernt sei. Schulte-Wissermann sieht die Koblenzer hier auf einem guten Wege. Auf jeden Fall wird die Diskussion weiter gehen, diese Zusicherung konnte der Oberbürgermeister den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Koblenzer Stadtgespräches machen.

Und so wurde dieser sonnige 23. September nicht nur ein guter Start in den Herbst, sondern auch ein guter Tag für die Integrationspolitik in der Stadt Koblenz.

Kommunale Strategien für eine nachhaltige Integration von Zugewanderten

Miguel Vicente, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Rheinland-Pfalz

Der Umgang mit dem Thema Zuwanderung und Integration hat in den vergangenen Jahren einen Wandel erfahren, er ist deutlich pragmatischer und konstruktiver geworden. Dazu beigetragen hat eine öffentliche Diskussion, die den Blick auf die Rolle von Zuwanderung entscheidend verändert hat:

Vertreter von Wirtschaft und Wissenschaft warnen vor einem nahenden Arbeitskräftemangel nicht nur für Hochqualifizierte und verweisen auf die Folgen der Alterung der Gesellschaft und den zu erwartenden Bevölkerungsrückgang. Gleichzeitig steigt das Problembewusstsein hinsichtlich der Tatsache, dass die Integration der bereits in der 2. und 3. Generation hier lebenden Zuwanderer in wichtigen Bereichen wie Bildung und Arbeitsmarkt nur unbefriedigend gelungen ist.

Einen wichtigen Beitrag zu dem veränderten Blick auf Zuwanderung hat die im Jahre 2000 von der Bundesregierung eingesetzte Kommission „Zuwanderung“ geleistet. In ihrem Bericht, unter der Leitung von Frau Prof. Rita Süßmuth und der Mitwirkung zahlreicher Fachleute aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und gesellschaftlichen Gruppen, wird ein neues Paradigma „Integration“ gefordert:

„Heute erkennen viele, dass Zuwanderung eine wirtschaftliche und demographisch notwendige, aber auch eine kulturelle Bereicherung für unser Land darstellt. Eine verantwortungsvolle Politik, die darauf abzielt, dass Zuwanderer langfristig zu uns kommen, muss jedoch die Frage des Zusammenlebens neu stellen: Wie können wir die Menschen anderer Herkunft und Kultur in unsere Gesellschaft integrieren? Von der Glaubwürdigkeit der Antwort auf diese Frage wird die Qualität unserer neuen Einwanderungspolitik abhängen. Die bisherige Politik des „pragmatischen Improvisierens“ kann diese Aufgabe nicht erfüllen. Wenngleich beachtliche Integrations-erfolge erzielt wurden, waren doch häufig kurzfristige Erfordernisse und punktuelle Überlegungen handlungsentscheidend.“¹

Dieses neue Verständnis erfordert integrationspolitische Konzepte, die langfristig und strategisch ausgerichtet sind, um Zuwanderung aktiv zu gestalten.

Die Kommunen als Vorreiter

Einige Kommunen sind diesem bundespolitischen Diskurs schon seit Jahren voraus. Dies verwundert nicht, denn soziale Problemlagen manifestieren sich am deutlichsten vor Ort im Gemeinwesen. Die Kommunalpolitik hat früh erkannt, dass angesichts von hohen Bevölkerungsanteilen von Menschen mit Migrationshintergrund, die in Städten nicht selten bereits über zwanzig Prozent liegen, pragmatisches Handeln zielführender ist als ideologische Debatten über Leitkultur und multikulturelle Gesellschaft.

Die Kommunen haben auch zuerst erkannt, dass Integrationspolitik sich nicht nur auf die Wahrnehmung der Mängel und Probleme, die Migration mit sich bringt, beschränken darf. Vielmehr gilt es auch die Potentiale und Chancen zu ergründen, die eine vielfältige Stadtbevölkerung mit sich bringt. Im Zeitalter der Globalisierung kann eine mehrheitlich mehrsprachige Bevölkerung zu einem Standortvorteil für eine Kommune werden. Die Offenheit gegenüber der Vielfalt moderner Lebensweisen und das davon ausgehende Flair machen für Neubürger und ansiedlungswillige Unternehmen oftmals die Attraktivität einer Stadt aus. Familienverbände, nachbarschaftliche Selbsthilfe und Netzwerke tragen dazu bei, die sozialen Strukturen zu stabilisieren und weiter zu entwickeln. Nicht zuletzt unterstützt auch das ökonomische Engagement von Migrantinnen und Migranten wesentlich die lokale Wirtschaft.

Für eine Kommune, die sich einer interkulturellen Stadtpolitik verpflichtet fühlt, bedeutet dies, dass sie sich für ein aufnahmebereites und tolerantes soziales Klima einsetzen muss. Dabei spielt die Entwicklung wirksamer und effizienter Integrationsangebote, die die zahlreichen Akteure in der Kommune vernetzt und koordiniert, eine zentrale Rolle. Gleichzeitig ist es erforderlich, die aktive Mitwirkung der Migranten im Integrationsprozess zu fördern und zu fordern.

¹ Bericht der unabhängigen Kommission „Zuwanderung“, Berlin 2001, S. 199

Das „pragmatische Improvisieren“ überwinden

Die Städte stehen somit vor der Herausforderung, das Thema „Zuwanderung und Integration“ als eine komplexe, querschnittsorientierte und alle Aspekte kommunaler Politik berührende Aufgabe wahrzunehmen. Wenngleich zahlreiche Kommunen, insbesondere Städte, begonnen haben, ihre Integrationspolitik neu auszurichten, machen dennoch die meisten von ihnen nach dem alten Muster des „pragmatischen Improvisierens“ weiter. Dieses Muster ist durch folgende typische Merkmale gekennzeichnet:

- Es wird in vielen Kommunen eine Menge für die Integrationsarbeit getan. Der Einsatz von Ressourcen ist durchaus beträchtlich.
- Häufig hängt aber das Engagement der Kommunen unmittelbar von dem Engagement einzelner Personen ab.
- Meist stehen die Aktivitäten unterschiedlicher Fachbereiche zusammenhanglos nebeneinander, Möglichkeiten der Zusammenarbeit bleiben oftmals ungenutzt. Ressourcen und Energien werden vergeudet, weil es zu Doppelarbeit und Reibungsverlusten kommt.
- Selten ist Integration als strategisches Ziel kommunaler Arbeit benannt. Das heißt, es wird selten ziel- oder wirkungsorientiert gesteuert.
- Selten sind klare politische und fachliche Handlungskonzepte für die Integrationsarbeit beschrieben. Der Formulierung von Wirkungszielen müsste auf der Ebene der Stadt (Verwaltung und Politik) ein Klärungsprozess voran gehen, welche Konzepte und Ziele man eigentlich mit Integration verbindet.
- Es wird zwar viel Wert auf die Zusammenarbeit mit freien Trägern gelegt, die durch die geförderten Träger zu erbringenden Leistungen werden aber selten spezifiziert oder gar evaluiert.
- Es gibt kaum ein Controlling als Unterstützung der Steuerung von Zielen.

Die Organisation kommunaler Integrationsprozesse

Bundesweite Erfahrungen zeigen also, dass der Erfolg kommunaler Integrationspolitik nicht allein von der Zahl und Qualität einzelner Maßnahmen abhängt. Es setzt sich vielmehr die Erkenntnis durch, dass vor allem die Art und Weise entscheidend ist, wie das Aufgabenfeld „Integration“ in der Kommune *organisiert* wird. Davon lassen sich mehr und mehr Kommunen seit einigen Jahren leiten, die damit begonnen haben, ihre Integrationspolitik neu auszurichten. Diese Neuorientierung ist vor allem durch einen konzeptionell ausgerichteten Ansatz geprägt, der weg geht von unkoordinierten Einzelmaßnahmen hin zu einer stärkeren strategischen Ausrichtung, die eine systematische und übergreifende Herangehensweise ermöglicht.

Eine derartige strategische Ausrichtung ist an sich nicht spezifisch für das Politikfeld der Integration. Sie kann auch auf andere Politikbereiche angewandt werden, die, wie die Integrationspolitik, als komplex angelegte Querschnittsaufgaben verstanden und als politisch sensible Themen in weitsichtiger Weise behandelt werden sollen.

Eine strategisch ausgerichtete kommunale Integrationspolitik sollte folgenden Anforderungen gerecht werden:

- Vor der Durchführung von Maßnahmen ist die Ausgangslage zu analysieren (Daten und Fakten zur Situation der Migranten, Beschreibung besonderer Problembereiche, Übersicht über bereits laufende Maßnahmen, Akteure usw.)
- Handlungsfelder, Ziele und Zielgruppen sind zu benennen und - vor dem Hintergrund begrenzter Ressourcen und dem Ausmaß des vorhandenen Problemdrucks - zu priorisieren.
- Das Konzept einer effektiven, zielgenauen Integrationsarbeit muss vor dem Hintergrund eines gesellschaftspolitischen Leitbildes entwickelt werden. Ziele sind dann zu präzisieren und mit Indikatoren zu hinterlegen, um die Überprüfung der Zielerreichung zu gewährleisten.
- Das bestehende Aufgabenspektrum ist vor dem Hintergrund der Ziele zu überprüfen und ggf. anzupassen.
- Ein Controlling ist einzurichten, das die Steuerung durch Zusammenstellen von Informationen über Leistungen, Wirkungen und Ressourceneinsatz unterstützt.
- Die unterschiedlichen Akteure wie Kommune, freie Träger, Ausländerbeirat, Migrantenorganisationen und andere Institutionen müssen eingebunden werden. Sie kooperieren insbesondere bei der Bestandsaufnahme, der Formulierung von Zielen und der Durchführung von Maßnahmen.
- Schließlich muss eine Organisationsstruktur entwickelt und aufgebaut werden, die einen funktionsfähigen Prozessablauf gewährleistet.

Was bedeutet Integration und wie kann sie gemessen werden?

Unter „Integration“ wird durchaus nach wie vor Unterschiedliches verstanden. Dennoch hat sich auch hierzu in den vergangenen Jahren ein Konsens darüber entwickelt, dass damit keine Assimilation im Sinne eines Anpassens und Angleichens von Zugewanderten an die deutsche Gesellschaft gemeint sein kann. Als ebenso abwegig gilt ein abgeschottetes Nebeneinander von kulturellen, religiösen oder sozialen Gruppen. Vielmehr scheint sich ein Konsens

■ Ein Blick über die Stadtgrenzen - Kommunale Strategien für eine nachhaltige Integration von Zugewanderten

darüber entwickelt zu haben, der eine Politik der kulturellen Annäherung verfolgt und nach Heckmann folgendermaßen beschrieben werden kann:

„Integration bezeichnet die Eingliederung neuer Bevölkerungsgruppen in bestehende Sozialstrukturen und die Art und Weisen, wie diese neuen Bevölkerungsgruppen mit dem bestehenden System sozio-ökonomischer, rechtlicher und kultureller Beziehungen verknüpft werden.“²

Demnach kann „Integration“ also mit „Chancengleichheit“ und „Gleichberechtigung“ übersetzt werden. In der heutigen Wissens- und Erwerbsgesellschaft heißt das eine gezielte Politik zur Förderung der Teilhabe Zugewandeter vor allem an Bildung und an Beschäftigung. Chancengleichheit herstellen heißt aber auch, strukturelle Benachteiligungen und Ausgrenzungen von Zugewanderten zu erfassen und ihnen zu begegnen.

Um eine nach ihren Wirkungen konkretisierte und steuerbare Integrationspolitik verfolgen zu können, müssen begriffliche Definitionen gefunden werden, die dies ermöglichen. Nach Heckmann lassen sich vier so genannte Dimensionen der „Integration“ unterscheiden:

1. Strukturelle Integration: Erwerb von Rechten und Zugang zu Positionen in den Kerninstitutionen der Gesellschaft (Arbeitsmarkt, Bildungssystem, Wirtschaft usw.)
2. Kulturelle Integration: kulturelle Anpassung und Veränderungen bei Migranten und aufnehmender Gesellschaft (kognitive, Verhaltens- / Einstellungsänderungen).
3. Soziale Integration: Erwerb von Mitgliedschaft in der privaten Sphäre (Freundeskreis, Vereine usw.).
4. Identifikative Integration: Zugehörigkeitsgefühle, Identifikationsbereitschaft (ethnisch-national, regional, lokal).

Die Berücksichtigung solcher Dimensionen gelungener Integration bei der strategischen Steuerung von Integrationspolitik scheint besonders sinnvoll, weil sie mit Indikatoren versehen werden können, auf deren Basis der erreichte Stand der Integration gemessen werden kann.³

Die Kosten der Integration

Diese kurz gefassten Erläuterungen vermitteln möglicherweise den Eindruck, dass der Aufbau einer kommunalen Integrationspolitik mit strategischer Ausrichtung einen hohen Aufwand an Geld, Zeit und Personal erfordert. Die Erfahrungen in Kommunen, die diesen Weg eingeschlagen haben, zeigen allerdings, dass eine Umstellung der Integrationspolitik nach strategischen Konzepten keineswegs mit einem erhöhten Aufwand, insbesondere finanzieller Art, einhergehen muss.

Es geht viel mehr darum, die bereits vorhandenen Aktivitäten und Mittel so einzusetzen, dass sie eine höhere Effizienz und Wirkung erreichen. Gleichzeitig gewinnt man durch die Einbindung vieler Beteiligter eine breitere Akzeptanz und Unterstützung für diese Politik. Die Akteure, die sich mitunter distanziert und kritisch gegenüberstehen, können durch verabredete Ziele und getroffene Vereinbarungen zu einem gemeinsamen Projekt zusammenfinden, das die Zukunftsfähigkeit ihrer Kommune sichern hilft.

Integration zählt zu den besonderen Herausforderungen des gesellschaftlichen Miteinanders. Es geht darum, nicht nur die kurzfristigen, sondern die längerfristigen Integrationsprozesse zu gestalten. Voraussetzung dafür ist allerdings zunächst der gemeinsame politische Wille, diesen Weg einzuschlagen.

„Das Boot ist nicht voll, sondern demnächst halbleer und wir werden es nicht alleine rudern können“

Dr. Gerd Landsberg,
Deutscher Städte- und Gemeindebund

Literatur

Pröhl, Marga und Hartmann, Hauke (Hg.), Strategien der Integration: Handlungsempfehlungen für eine interkulturelle Stadtpolitik. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2002.

Reichwein, Alfred und Vogel, Stefanie, Integrationsarbeit effektiv organisiert. Ein Handbuch für Kommunen, Düsseldorf, 2004.

² Heckmann, Friedrich: Bedingungen erfolgreicher Integration, Eröffnungsvortrag zur Tagung der Ausländer-/Integrationsbeauftragten des Bundes, Länder und der Kommunen, Augsburg 2003.

³ Siehe auch „Integrationskonzept der Landeshauptstadt Wiesbaden“.

Das Integrationskonzept der Landeshauptstadt Wiesbaden

Jeanine Rudolph, Leiterin der Integrationsabteilung des Einwohner- und Integrationsamtes der Landeshauptstadt Wiesbaden

Erarbeitung des Integrationskonzeptes

2002 - 2003 wurde von der Steuerungsgruppe Integration unter Regie des Einwohner- und Integrationsamtes in einem beteiligungsintensiven Prozess ein Integrationskonzept für Wiesbaden ämter- und trägerübergreifend erarbeitet und im Februar 2004 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

Mit dem Integrationskonzept werden Grundvoraussetzungen, Leitlinien, Verfahren, die Handlungsfelder und Handlungsziele für die nächsten fünf Jahre für die Integrationsarbeit der Landeshauptstadt Wiesbaden beschrieben.

Integrationspolitik wird demnach in Wiesbaden als partizipativer und diskursiver Planungsprozess verstanden, der einen möglichst breiten politischen und fachlichen Konsens anstrebt. In diesem Sinne wurde das Integrationskonzept entwickelt. So waren an der Erarbeitung dieses Konzeptes viele mit Integration befasste Akteure in Wiesbaden beteiligt.

Das Konzept schreibt ebenso den Prozess der Steuerung der Umsetzung der Integrationsziele, das Controlling und das Berichtswesen fest.

Wichtig ist, die Akteure, die für die Umsetzung der Integrationsziele verantwortlich sind, von Beginn an in die Erarbeitung des gesamtstädtischen Integrationskonzeptes einzubinden!

Wann ist Integration erfolgreich?

Die Integration ist nach dem Wiesbadener Verständnis dann erfolgreich, wenn sich die Lebenslagen der Menschen mit Migrationshintergrund und der Angehörigen der Aufnahmegesellschaft angleichen, also die Migranten und ihre Nachkommen gleichrangig am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, ohne ihre eigene kulturelle Identität aufgeben zu müssen. Gleichzeitig wird Integration als eine dauerhafte gesellschaftliche und politische Aufgabe verstanden, bei der Zuwanderer, Menschen mit Migrationshintergrund und die Mitglieder der Aufnahmegesellschaft ihre unterschiedlichen Beiträge erbringen müssen.

Der gesellschaftliche Integrationsprozess vollzieht sich in verschiedenen Dimensionen. Dem Wiesbadener Integrationskonzept sowie dem Monitoringsystem liegen die folgenden vier Dimensionen zugrunde,

anhand derer Stand und Entwicklung der Integration gemessen und gesteuert werden:

Dimensionen der Integration

- **Strukturelle Integration** - Eingliederung in Kerninstitutionen der Aufnahmegesellschaft

Integration beinhaltet zunächst zentral den Erwerb eines Mitgliedsstatus in den Kerninstitutionen der Aufnahmegesellschaft: Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Bildungs- und Qualifikationssysteme, Wohnungsmarkt und politische Gemeinschaft. Strukturelle Integration ist der Erwerb von Rechten und der gleichberechtigte Zugang zu Positionen in den Kerninstitutionen der aufnehmenden Gesellschaft. Die Aufgabe der Kommune besteht darin, die Offenheit der gesellschaftlichen Kerninstitutionen auch für die Zuwanderer sicherzustellen.

- **Kulturelle Integration** - Spracherwerb und Entwicklung neuer kultureller Muster

In einigen Lebensbereichen setzt der Erwerb eines Mitgliedsstatus auch einen Lern- und Sozialisationsprozess seitens der Zuwanderer voraus, um eine Mitglieds- und Partizipationsrolle überhaupt ausfüllen zu können. Integration beinhaltet deshalb auch Prozesse kognitiver, kultureller, verhaltens- und einstellungsbezogener Veränderungen, die so genannte kulturelle Integration. Zentral hierbei ist das Erlernen der deutschen Sprache, um eine gemeinsame Verständigung zu ermöglichen.

- **Soziale Integration** - Eingliederung in private Sphären der Aufnahmegesellschaft

Die soziale Integration beschreibt den Erwerb gesellschaftlicher Mitgliedschaft der Zuwanderer und Bevölkerung mit Migrationshintergrund in der Aufnahmegesellschaft, so z.B. Gruppen- und Vereinsmitgliedschaften, Freundeskreis etc.

- **Identifikatorische Integration** - Zusammengehörigkeitsgefühl

Die identifikatorische Integration spiegelt die subjektive Seite der Integration wieder. Sie zeigt sich in neuen persönlichen Zugehörigkeits- und Identifizierungsgefühlen der Migranten zur Aufnahmegesellschaft bzw. zu Stadt und Region, in der sie leben.

Die Dimensionen bauen sich stufenweise auf und bilden somit auch den Prozess der Integration ab. Alle vier Dimensionen der Integration können durch die Umsetzung dieses Integrationskonzeptes nicht in gleichem Maße beeinflusst werden. Die Stadt schafft Voraussetzungen insbesondere im Bereich der strukturellen Integration. Auswirkungen auf die anderen Dimensionen sollten sich daraus ergeben.

Ermittlung der Ausgangsbasis

Grundvoraussetzung für eine zielgerichtete Steuerung der Integrationsarbeit ist die Operationalisierung der Ziele und die Festlegung von Indikatoren und Messgrößen, die es erlauben, den Stand der Zielerreichung und der Kontextentwicklung zu verfolgen und entsprechend zu handeln. Um künftig einen Vergleich anstellen zu können, bedarf es der Beschreibung der Ausgangsbasis.

Diese erfolgte in Wiesbaden durch

- einen Workshop zu Stärken und Schwächen der Integration in Wiesbaden (mit ca. 100 Akteuren der Integrationsarbeit)
- und Daten und Fakten aus dem Wiesbadener Monitoringsystem.

Um die Entwicklung auf möglichst objektiver Basis zu messen und zu verfolgen, wurde ein **Monitoringsystem** entwickelt, das für die jeweiligen Dimensionen konkrete Kennzahlen und Indikatoren erhebt und diese jährlich Politik und Öffentlichkeit zur Verfügung stellt. Das Wiesbadener Monitoringsystem ist eines unter mehreren Elementen der Wiesbadener Integrationsberichterstattung.

Handlungsfelder der Integrationsarbeit

Übersicht über die sechs Handlungsfelder

- Sprachkompetenz
- Bildung
- Teilhabe am Arbeitsmarkt
- Wohnen und Zusammenleben im Stadtteil
- Gesundheitsversorgung und Pflege
- Integrationskompetenz der Verwaltung

Mit den genannten sechs Handlungsfeldern setzt die Landeshauptstadt Wiesbaden ihre Schwerpunkte der Integrationsarbeit. Eine Fokussierung der Aktivitäten und Maßnahmen ist nicht nur aufgrund begrenzter Ressourcen notwendig. Sie begründet sich aus den Stärken und Schwächen der institutionalisierten Integrationsarbeit einerseits und der spezifischen Ausgangssituation in Bezug auf die Lebenslagen der Migrant/innen dieser Stadt andererseits. Demnach mögen die Handlungsschwerpunkte bei jeder Stadt anders aussehen.

Für jedes Handlungsfeld wurden konkrete Handlungsziele für 5 Jahre beschlossen. Diese sind Grundlage für Vernetzung und verbindliche Integrationsarbeit sowie die Basis für die Messbarkeit von Erfolg.

Beispiele für zwei Handlungsfelder

Beispiel Handlungsfeld Sprachkompetenz

Das wollen wir erreichen:

Die Migrantinnen und Migranten verfügen über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache und der Muttersprache in Wort und Schrift.

Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre:

- In Wiesbaden aufwachsende Kinder aus Migrantenfamilien erlernen systematisch die deutsche Sprache unter Berücksichtigung und Förderung der Zweisprachigkeit.
- Es existieren speziell integrierte Bildungsangebote für Eltern (insbesondere Mütter) und Kinder.
- Das Angebot an Sprachkursen/Grundbildungskursen für Frauen mit Kinderbetreuung und nach Bedarf mit sozialpädagogischer Betreuung ist bedarfsgerecht gesteigert.
- Die Angebote werden stärker angenommen.

Beispiel Handlungsfeld Integrationskompetenz der Verwaltung

Das wollen wir erreichen:

Das Leitbild der Integration ist in der Verwaltung akzeptiert und verankert. Die Landeshauptstadt Wiesbaden übernimmt damit Vorbildfunktion.

Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre:

- Die interkulturelle Kompetenz der Beschäftigten ist erhöht.
- Der Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund auch in gehobenen Beschäftigungsverhältnissen ist erhöht.
- Eine stabile Steuerungsstruktur zur effektiven Umsetzung des Integrationskonzeptes ist geschaffen. Integration ist als Querschnittsaufgabe etabliert.
- Die Vernetzung von Integrationsleistungen der verschiedenen Akteure ist verbessert.

Handlungsfeld 6: Integrationskompetenz der Verwaltung

Maßnahmen

- Fortbildungsreihe „Interkulturelle Kompetenz“ für Mitarbeiter/-innen im Einwohner- und Integrationsamt
- Fortbildung „Interkulturelle Kompetenz“ für Auszubildende in der Stadtverwaltung
- Fortbildung für alle Mitarbeiter/-innen mit Kundenkontakt ab 2005

Steuerung des Integrationsprozesses in Wiesbaden

Für die Umsetzung des Integrationskonzeptes ist das Einwohner- und Integrationsamt verantwortlich. Damit ist das Amt nicht vorrangig zuständig für die Durchführung konkreter Integrationsmaßnahmen sondern hat die Funktion der

- Organisation und Moderation
- Vernetzung und Koordinierung,
- Berichterstattung an die städtischen Gremien
- Vertretung nach Außen

Die Steuerung des Integrationsprozesses in Wiesbaden erfolgt auf zwei Ebenen.

Ebene 1: Steuerungskreise der Handlungsfelder

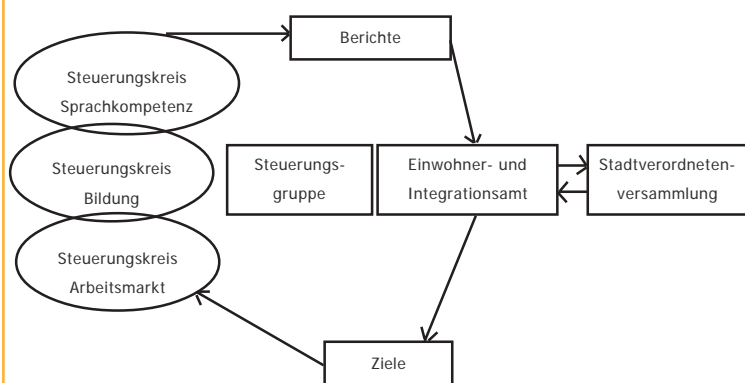
Zu den sechs Wiesbadener Handlungsfeldern der Integrationsarbeit sind Steuerungskreise gebildet. Diese setzen sich aus Vertretern der Fachämter, der Freien Träger und weiterer Akteure mit Entscheidungs- und Umsetzungskompetenz für dieses Themenfeld zusammen. In diesen Steuerungskreisen erfolgt die gemeinsame verbindliche Verständigung auf operationale Ziele und Maßnahmen zur Umsetzung der in den jeweiligen Handlungsfeldern durch Stadtverordnetenbeschluss im Integrationskonzept festgelegten Handlungsziele und auf Indikatoren zur Bemessung von Fortschritten.

Für die operationalen Ziele werden ein Handlungsprogramm mit jeweils spezifischen Zeitzielen, Messgrößen zur Zielerreichung und ein für alle Steuerungskreise verbindliches Berichtsformat festgelegt.

Ebene 2: Steuerungsgruppe Integration

In der Steuerungsgruppe Integration ist die Führungsebene der für die Umsetzung des Integrationskonzeptes wichtigen Fachämter, des Ausländerbeirats und der Freien Träger vertreten. Diese Gruppe hat bereits maßgeblich die Erstellung des gesamtstädtischen Integrationskonzeptes gesteuert und das Konzept inhaltlich mitarbeitet. Sie steuert nun die Umsetzung dieses Konzeptes und damit des Gesamtprozesses. Die Federführung und Geschäftsführung der Steuerungsgruppe liegt beim Einwohner- und Integrationsamt, die Steuerung erfolgt jedoch kollegial ämter- und trägerübergreifend. Dort fließen die Ergebnisse der Handlungsfelder zusammen, wird das Controlling festgelegt und der jährliche Integrationsbericht abgestimmt.

Die Steuerung des Integrationskonzeptes



Weiterführende Informationen zum Integrationskonzept der Stadt Wiesbaden:

www.wiesbaden.de - Die Stadt-Ausländische Bürger - Einwohner und Integrationsamt

Das Interkulturelle Gesamtkonzept der Stadt Solingen

Anne Wehkamp, Ausländerbeauftragte der Stadt Solingen

Solingen ist interkulturell

Die kreisfreie Stadt Solingen mit rund 163.000 Einwohnern liegt im Bergischen Land in Nordrhein-Westfalen. Die Wirtschaft in Solingen wurde lange von der Schneidwarenindustrie geprägt, die der Stadt den Beinamen „Klingenstadt“ verliehen hat. Im Laufe der Zeit sind weitere Zweige der metall- und kunststoffverarbeitenden Industrie hinzugekommen. So haben viele Zulieferer der Automobilindustrie hier ihren Firmensitz.

Die Einwohnerzahl Solingens ist in dem letzten Jahrzehnt zwar leicht, aber kontinuierlich gesunken. Zwischen 1992 und 2003 verlor die Stadt knapp 3.000 Einwohner. Prognosen gehen davon aus, dass bis zum Jahre 2020 die Stadt um weitere 4,4 Prozent schrumpfen wird.

In Solingen leben Menschen aus mehr als 130 Herkunftsländern und sehr unterschiedlichen Kulturen.

Zuwanderung fand in größerem Umfang seit 1956 statt. Zunächst kamen Italiener und Jugoslawen, später Griechen, Spanier, Portugiesen, Türken, wenige Marokkaner und Tunesier in die Klingenstadt. Der Anwerbestopp aus dem Jahr 1973 führte nicht zu einer verstärkten Rückkehr in die Herkunftsländer. Die meisten der bis dahin allein lebenden Ausländer holten ihre Familien nach.

Der Anteil der ausländischen Einwohner an der Gesamtbevölkerung beträgt heute 13,9 Prozent. Also sind von den gut 163.000 Einwohnern knapp 23.000 Ausländer.

Der Anteil der Zugewanderten ist aber weit höher: Unter der Berücksichtigung von Aussiedlern und Eingebürgerten liegt die Quote bei über 20 Prozent. In der Altersgruppe der unter Dreijährigen haben 38 Prozent der Kinder einen Migrationshintergrund.

Viele der Bewohner mit Migrationshintergrund sind gut integriert. Teilweise leben sie schon über 40 Jahre hier, sie engagieren sich in Vereinen, haben einen guten Kontakt zu ihren Mitbürgern.

Allerdings zeigt die Statistik, dass Menschen mit Migrationshintergrund wesentlich stärker von Arbeits-

losigkeit betroffen sind, sie häufiger Sozialhilfe beziehen und niedrigere Bildungsabschlüsse aufweisen. Zuwanderer und ihre Nachkommen sind also auch in Solingen stärker von Benachteiligungen betroffen, die sich auf Gesundheit, Lebensqualität und Zukunftschancen auswirken.

Das Zusammenleben zwischen Deutschen und Zuwanderern in Solingen gestaltet sich in weiten Teilen gut. Ein tiefer Einschnitt war jedoch der Brandanschlag auf das Haus einer türkischen Familie Pfingsten 1993, bei dem fünf Menschen ums Leben kamen. Dieses Ereignis beeinflusste das Klima in der Stadt nachhaltig. In der Folge kam es zu verstärkten Bemühungen um ein gutes Miteinander von Deutschen und Ausländern. Die unterschiedlichen Ansätze haben Früchte getragen. Deutlich ist an vielen Stellen, dass es aktive Bemühungen um die Integration und ein gesellschaftliches Miteinander unterschiedlicher Kulturen in Solingen gibt.

Die Stadt Solingen wurde im Juni 2005 mit dem Integrationspreis des Innenministeriums und der Bertelsmann-Stiftung „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall – Strategien kommunaler Integrationspolitik“ ausgezeichnet.

Nachfolgend soll die Solinger Integrationspolitik und Integrationsarbeit kurz skizziert werden:

Interkulturelles Gesamtkonzept

Die Verabschiedung des „**Interkulturellen Gesamtkonzeptes**“ im Dezember 2001 schaffte eine gute Grundlage für die Integrationsarbeit in Solingen. Dieses Konzept wurde zuvor in einem zweijährigen Prozess mit Vertreterinnen und Vertretern unterschiedlichster Organisationen zu Schwerpunktthemen erarbeitet. Eine gute Unterstützung des Prozesses durch den Rat und die Verwaltungsspitze war wichtig und notwendig.

Leitgedanke war, ein Netzwerk aller beteiligten Kräfte und Institutionen zu schaffen. Dadurch erfolgt eine gute Nutzung der vorhandenen Ressourcen von Kommune, Verbänden und Vereinen, Wohnungsbauunternehmen etc.

Es sind Synergieeffekte entstanden und eine zielorientierte Ausrichtung der weiteren integrationspolitischen Arbeit.

Bei diesem interkulturellen Netzwerk handelt es sich um eine freiwillige Aufgabe der Kommune.

Es wurde eine „Umsetzungsgruppe Interkulturelles Gesamtkonzept“ gebildet mit Vertretern aller Verwaltungsressorts, Vertretern aus dem Integrationsrat und der Wohlfahrtsverbände. Die Umsetzungsgruppe trifft sich regelmäßig in vier- bis sechswöchigem Abstand, um über die interkulturellen Projekte in den unterschiedlichen Ressorts und bei den Verbänden zu berichten. In diesem Kreis werden

Handlungsbedarfe ermittelt und Projekte entwickelt, die ressortübergreifend umgesetzt werden können.

Das Thema Integration wird nicht nur auf sozialer Ebene behandelt, sondern als Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern der Verwaltung und findet so auch bei Planungsfragen, strategischen Entscheidungen und Fragen der Stadtkonzeption Berücksichtigung. Die Frage der Zuwanderung gehört in die Wirtschaftsförderung und Personalentwicklung genauso wie in den Gesundheitsbereich, in die Beschäftigungsförderung, in die Kulturförderung, in den Sport, in die Stadtentwicklung und in das Thema Wohnen.

Ziele der Integrationsarbeit

1. Sprache, Sprachförderung

Alle neu eingereisten Migrantinnen und Migranten sollen unmittelbar über bestehende Angebote der Sprachförderung informiert werden. Intern ist anzustreben, alle Angebote miteinander zu vernetzen (Internet) und so einen vollständigen Überblick, auch für die Multiplikatoren, zu ermöglichen. Lücken in der Angebotsstruktur sind zu schließen. Die verschiedenen Sprachkurse sollten gemeinsamen Standards genügen. Eltern werden frühzeitig über die Wichtigkeit der Sprachentwicklung ihrer Kinder informiert. Gemeinsam mit Familienbildung, Kindertagesstätten und Schulen sollte eine gemeinsame Konzeption zur Sprachentwicklung erarbeitet werden, auch unter Einbeziehung von Selbstorganisationen und Stadtteilprojekten. Die Kommunikation zwischen Zugewanderten und der Verwaltung ist sicherzustellen. Bei Sprachproblemen kann der mobile Übersetzungsdienst genutzt werden.

2. Arbeit/Beschäftigung

Kurz- bis mittelfristig wird in Solingen dringend qualifiziertes Fachpersonal benötigt. Investitionen in die schulische und berufliche Ausbildung sind notwendig, um ausreichend qualifizierte und motivierte Arbeitskräfte dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen. Der Nachqualifizierung hier lebender Migrantinnen und Migranten kommt ein hoher Stellenwert zu. Sprachkurse, aber auch die Qualifizierung im Bereich neuer Medien stehen hier im Vordergrund. Ziele sind die Entwicklung passgenauer Beratungskonzepte und adäquater Angebote für verschiedene Gruppen (Jugendliche, junge Erwachsene, Existenzgründer/innen, ältere Migranten/Migrantinnen und die Altersgruppe der 25 – 45jährigen).

3. Gesundheit

Die Gesundheitsdienste sollen für Migrantinnen und Migranten bekannter gemacht werden durch entsprechendes Informationsmaterial. Die Teilnahme an den Vorsorgeuntersuchungen für Kinder muss verbessert werden. Außerdem gilt es, Kontakte zwischen Gesundheitsbereich und den verschiedenen Selbstorganisationen zu vermitteln. Jugend- und Drogenberatung, Kliniken, gutachterlicher Dienst etc. sind bei ihrer interkulturellen Öffnung zu unterstützen, auch durch das Bündeln von Informationen für Fachkräfte, z.B. über mehrsprachige Info-Materialien, mehrsprachige Ärzte, Krankengymnasten etc.

4. Wohnen

Die Verbesserung der sozialräumlichen Arbeit und der nachbarschaftlichen Entwicklung in den Wohnquartieren mit Hilfe eines qualifizierten Quartiersmanagements soll weiter entwickelt werden. Die Beteiligung von Migrantinnen und Migranten bei künftigen Planungen ist dabei sicherzustellen. Unterstützungsangebote für Familien in den Stadtteilen sollen gestärkt werden. Mit den Steuerungsmöglichkeiten der Kommune soll versucht werden, unfreiwillige Konzentration von Migranten in einzelnen Wohngebieten zu verhindern und damit Ghettobildungen entgegenzuwirken.

5. Schule, Jugendhilfe

Auf der Grundlage des Schulentwicklungsplans (2000) sollten bis zum Jahr 2010 alle Möglichkeiten genutzt werden, die immer noch vorhandene Bildungsbenachteiligung zugewanderter Kinder zu verbessern. Dazu gehörten unter anderem:

- Die Motivation von Eltern und ihrer Kinder zum Besuch interkultureller und muttersprachlicher Spielgruppen zu steigern
- Die Wahrnehmung des Angebotes zum Besuch von Tageseinrichtungen ab dem 3. Lebensjahr zu steigern
- Der Ausbau des Angebots an interkulturellen und muttersprachlichen Spielgruppen im Rahmen der Familienbildung
- Die Anbindung des muttersprachlichen Unterrichts an den Regelunterricht
- Die Entwicklung interkultureller Konzepte im Freizeitbereich
- Intensive Beratung im Übergangsbereich Schule – Beruf“ anzubieten.

Migration ist somit nicht nur ein Querschnittsthema innerhalb der Kommune, sondern auch eine Gemeinschaftsarbeit von kommunalen und nicht kommunalen Akteuren.

Die Schwerpunkte der Arbeit liegen zurzeit auf folgenden Bereichen:

- Sprachförderung wird in Kindergärten und Schulen sowie für Eltern und Multiplikatoren aus den Migrantengruppen angeboten. Darüber hinaus wird die allgemeine Sprachkompetenz durch muttersprachlichen Unterricht und zweisprachige Eltern-Kind-Gruppen gefördert.
- Die Sprachlernangebote sind auf der Internetseite der Stadt Solingen aufgeführt und werden regelmäßig aktualisiert. Ziel ist eine noch bessere Vernetzung des Unterrichts, um ein umfassendes Erlernen der deutschen Sprache zu ermöglichen.
- In 2004 wurden erstmals gezielt Sprachkurse für die Eltern von Schulanfänger*innen eingerichtet, und so der hohen Motivation der Eltern Rechnung getragen, beim Schuleintritt der Kinder die eigenen Sprachkenntnisse zu verbessern. Seit 2005 werden gezielt Personen mit Erziehungsverantwortung angeschrieben, um an den Sprach- und Integrationskursen nach dem Zuwanderungsgesetz teilzunehmen.
- Der mobile Übersetzungsdienst mit über 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schlägt eine Brücke, wenn unterschiedliche Sprachen die Kommunikation erschweren. Er wird von Kindergärten, Schulen und anderen Einrichtungen angefragt. Ein weiterer Schwerpunkt sind schriftliche Übersetzungen im Sinne guter Kundenorientierung, um Dienstleistungen für Migranten bekannter zu machen. Die Koordinierung erfolgt durch das Büro der Ausländerbeauftragten.
- Im Rahmen des Projektes „Kommunen der Zukunft“ wurden für die Ausländerbehörde Servicegarantien erarbeitet mit dem Ziel der Verstärkung der Dienstleistungsorientierung für Migranten. Unter dem Titel „Die Ausländerbehörde Solingen / Partner für Solinger mit ausländischem Pass“ werden u.a. Termine für Beratungen angeboten. Die Struktur der Terminvergabe hat zu einer erhöhten Zufriedenheit bei Migranten und Mitarbeitern der Ausländerbehörde geführt.
- Dass junge Migranten eine Ausbildung bei der Stadtverwaltung machen können, wurde durch Öffentlichkeitsarbeit stärker bekannt gemacht. Flyer werben dafür, dass mehr Auszubildende mit ausländischer Herkunft in die Verwaltung kommen.
- Fast 50 Prozent der Jugendlichen bezeichneten in einer Umfrage zur Stadtkonzeption 2003 das Zusammenleben zwischen ausländischen und deutschen Jugendlichen als schwierig. Angebote zur Gewaltprävention, Konfliktschlichtung und -vermeidung für Jugendliche sollen den Gewaltschutz und das Sicherheitsgefühl erhöhen.
- Belange und Sichtweisen von Migranten sollen in allen Bereichen stärker berücksichtigt werden – dazu gehören auch Themen aus Stadtplanung (z. B. Moscheen) und Wohnen (andere Wohnbedürfnisse) oder Stadtentwicklung (bei Bürgerbeteiligungen Interviewer mit Migrationshintergrund einzusetzen usw.). Ein mehrsprachiger Internetauftritt zur Rahmenplanung für ein Stadtgebiet, in dem viele Bewohner mit Migrationshintergrund leben, wurde erstellt.
- Im städtischen Fortbildungsangebot werden Qualifizierungen in Interkultureller Kompetenz angeboten.

- Die „Regionale Arbeitsstelle zur Förderung ausländischer Familien“ (RAA) kümmert sich intensiv um die Förderung ausländischer Kinder, Jugendlicher und deren Familien. Das bedeutet zum Beispiel, dass alle neu zugezogenen Kinder und Jugendlichen die einen Kindergarten besuchen können oder schulpflichtig sind an die RAA gemeldet werden. Dadurch wird ein flächendeckendes kommunales Beratungs- und Informationsangebot für alle „neuen“ Solinger und Solingerinnen mit Kindern zwischen 3 und 18 Jahren gewährleistet. Die Beratung bezieht die gesamte Familie mit ein.
- Das „Bündnis für Toleranz“ widmet sich dem Themenspektrum „Völkerverständigung und Toleranz“. Es werden Gedenkveranstaltungen organisiert (Jahrestag des Brandanschlages, Reichspogromnacht). Die Aktion „Stolpersteine“ wurde initiiert, bei der Gedenksteine ins Straßenpflaster eingelassen werden. Ein jährlicher Preis für engagiertes und couragiertes Auftreten im Alltag wurde ausgelobt. Mit verschiedenen Partnern wurde „Schau nicht weg“ initiiert, ein Projekt, das Kinder und Jugendliche durch ein Netz an Ansprechpartnern vor Gewalt schützen soll.
- Im Jugendstadtrat waren ausländische Jugendliche immer stark vertreten. Seit der Wahl 2003 sind 40 % der gewählten Vertreter Jugendliche mit Migrationshintergrund. Insbesondere eine Arbeitsgruppe des Jugendstadtrates setzt mit dem Projekt „Junge Flüchtlinge“ positive Akzente und baut gezielt Kontakte zwischen jungen Flüchtlingen in Übergangsheimen und deutschen Jugendlichen auf.
- Es gibt eine enge Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Akteuren aus Verwaltung, Politik, Migrantenselbstorganisationen und Wohlfahrtsverbänden. Das Migranten sich als Teil der Gesellschaft empfinden, zeigt sich auch an der Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben in Solingen, z. B. bei dem Fest „Leben braucht Vielfalt“ mit mehr als 60 Migrantenorganisationen, Verbänden, entwicklungspolitischen und Naturschutzgruppen. Viele Zugewanderte sind in unterschiedlichsten Vereinen tätig oder wirken z. B. in Stadtteilinitiativen oder im christlich-islamischen Gesprächskreis aktiv mit.

Politische Partizipation

Der „ZUWI“ – ein Modellprojekt zur Verbesserung der politischen Beteiligung von Zugewanderten

Solingen hatte in der letzten Legislaturperiode einen „Ausschuss für Zuwanderer und Integrationsangelegenheiten“ (ZUWI) als Pilotprojekt des Landes NRW gebildet. Dieser Ausschuss wurde nun abgelöst durch einen „Zuwanderer- und Integrationsrat“

(weiterhin bleibt die Abkürzung: ZUWI), dessen Genehmigung auf Antrag der Stadt Solingen nach § 126 der Gemeindeordnung des Landes NRW durch das Innenministerium erfolgte.

Zehn Vertreter der Ausländerinnen und Ausländer beraten und beschließen nun mit neun Ratsmitgliedern über wichtige Themen der Integrationspolitik.

Der Zuwanderer- und Integrationsrat kann sich, ebenso wie der Ausschuss, mit allen Angelegenheiten der Gemeinde befassen, Anträge an den Rat oder andere Ausschüsse richten und Zuschüsse für Projekte von Migrantenselbstorganisationen, ausländischen Vereinen, entwicklungspolitischen Gruppen und Flüchtlingsinitiativen bewilligen. Aufgrund der Erfahrungen, die in Solingen und Duisburg (wissenschaftlich begleitet durch das Landeszentrum für Zuwanderung) mit neuen Formen der Migrantenvvertretungen gemacht wurden, hat man sich in der neuen Legislaturperiode für die Bildung eines Integrationsrates entschieden, um auch zukünftig eine enge Verzahnung von Migrantenvvertretern und Ratsmitgliedern zu gewährleisten.

Die Mehrheitsverhältnisse wurden in dem neuen Gremium jedoch zu Gunsten der Migrantenvvertreter verändert. Es handelt sich bei dem Integrationsrat um ein Gremium, das an die Stelle des Ausländerbeirates nach § 27 der Gemeindeordnung NRW getreten ist.

In Gemeinden ab 5000 ausländischen Einwohnern ist nach der Gemeindeordnung ein Ausländerbeirat zu bilden.

Ziel des Zuwanderer- und Integrationsrates ist es, eine qualifizierte politische Partizipation von Migranten in Solingen durch eine enge Verzahnung zwischen Migrantenvvertretern und Ratsmitgliedern sicherzustellen.

Der Zuwanderer- und Integrationsrat führte im Sommer 2005 ein Wochenendseminar durch, bei dem die Ziele der neuen Legislaturperiode festgelegt wurden und bei dem die Gelegenheit bestand, sich besser kennen zu lernen und die Arbeitsweise aufeinander abzustimmen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass in der Kommune eine Vielzahl unterschiedlicher Maßnahmen entwickelt und aufeinander abgestimmt werden. Dies führt dazu, dass das Ganze mehr ist, als die Summe seiner Teile - die Maßnahmen ergänzen sich gegenseitig.

Weiterführende Informationen zum Integrationskonzept der Stadt Solingen:

www.solingen.de - Lebenslagen -
Zuwanderer in Solingen

Bedarfe - Perspektiven - Handlungsansätze

Im zweiten Teil des Koblenzer Stadtgespräches ging es darum, das Wissen und die Praxiserfahrungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung für die Weiterentwicklung der Koblenzer Integrationspolitik nutzbar zu machen. Die anwesenden Expertinnen und Experten aus den Bereichen Bildung, Jugendhilfe, Soziales, Wirtschaft, Politik und kommunale Verwaltung (vgl. Teilnehmerliste im Anhang) sollten die Gelegenheit haben, ihre Einschätzung zur aktuellen Situation und zu notwendigen Veränderungen im Integrationsbereich in Koblenz einzubringen.

Bereits im Vorfeld der Veranstaltung hatten sich diese Personen vier thematischen Arbeitsgruppen zugeordnet, die aus Sicht der Veranstalter die wesentlichen Aktionsbereiche von Integrationspolitik darstellen:

- Bildung und Erziehung (zwei Gruppen)
- Arbeit und Wirtschaft
- Verwaltung und Organisation
- Soziale Dienste und Beratung

Die Aufgabe der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bestand darin, in Tischgesprächen von etwa 40 Minuten Dauer ihr Erfahrungswissen unter folgenden drei Fragestellungen zu sammeln und auf Flipcharts festzuhalten:

- Welche Erfahrungen machen wir in unserem Arbeitsfeld hinsichtlich der Integration von Migrant/innen? Was läuft, was läuft nicht?
- Welche Strategien für eine zukunftsorientierte Integrationspolitik in Koblenz sind nötig?



- Welche Voraussetzungen für deren Umsetzung müssen geschaffen werden?

Die Ergebnisse der Gespräche wurden abschließend dem Plenum und dem Oberbürgermeister vorgestellt. Sie lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Positive Ansätze

In den Arbeitsgruppen wurden viele positive Ansätze der Integrationsarbeit genannt, so z.B. die bereits stattfindende Sprachförderung von Migrant*innen im Elementarbereich, die grundsätzliche Einführung der Ganztagschule und die Fördermöglichkeiten im Rahmen von BORIS; positive Impulse gebe es auch durch die finanzielle Förderung der Vereine, durch Projekte im Rahmen von Förderprogrammen wie LOS und Sokrates. Hilfreich seien auch bestehende Strukturen wie die Interkulturelle Woche und der Ausländerbeirat; die Geschenkpakete zur Begrüßung neuer Mitbürger. Trotz bekannter Defizite wurde ausdrücklich auch auf die in zahlreichen Fällen gelingender Praxis in der Beratung von Migrant*innen und Migrant*innen hingewiesen. Und nicht zuletzt der 1. Preis im Bereich Kriminalprävention, den die Stadt Koblenz kürzlich erhielt. Diese Ansätze wurden als wichtige Anknüpfungspunkte und ein Erfahrungsschatz für eine Weiterentwicklung der Koblenzer Integrationsarbeit angesehen.

Politische Entscheidung und hauptamtliche Zuständigkeit in der Verwaltung

Insbesondere die Arbeitsgruppe ‚Verwaltung und Organisation‘ verwies darauf, dass Integration politisch gewollt sein müsse und dies durch einen klaren Handlungsauftrag an die Verwaltung dokumentiert werden sollte. Dies erfordere zudem eine inhaltliche Bestimmung des Begriffes Integration durch Politik und Stadtspitze. Zur Umsetzung dieses Auftrages sei eine hauptamtliche Besetzung des Aufgabenbereiches notwendig, um die Koordinierung der Integrationsarbeit zu leisten.

Netzwerkarbeit und Steuerung

Die zentrale, in allen Arbeitsgruppen erhobene Forderung bezog sich auf die Bildung eines Netzwerkes, das alle Akteure, die für die Integration von Migrant/innen relevant sind, einschließt. Das Netzwerk soll die Kommunikation unter ihnen verbessern, das Erfassen, Bündeln und Koordinieren von Maßnahmen in allen zentralen Aktionsfeldern ermöglichen und sie damit transparent machen.

Ergänzend dazu wurde eine Steuerungsgruppe gefordert, die die Schwerpunktsetzung und Ausrichtung der Maßnahmen und Aktivitäten bedarfsorientiert bestimmen und deren Wirkung überprüfen und kontrollieren soll.

Sprachförderung

In nahezu allen Arbeitsgruppen wurden die teilweise unzureichenden Deutschkenntnisse von Migrantinnen und Migranten als Hemmnis im Integrationsprozess festgestellt. Sie führten früh zu Problemen in der Schule und zu Kommunikationsschwierigkeiten, die viele ihr Leben lang begleiten. Hier gingen die Forderungen dahin, deutlich vermehrt Sprachförderung in neuer Form („Sprachkurse im Familienverbund“) anzubieten. Insbesondere die Zielgruppen Kinder und Frauen wurden hervorgehoben.

Information und Aufklärung

Insbesondere die Arbeitsgruppen ‚Soziales und Beratung‘ sowie ‚Bildung und Erziehung‘ verwiesen auf ein teilweise erhebliches Informationsdefizit unter Migranten bezüglich des Bildungs- und Ausbildungssystems bzw. der Arbeitswelt. Förder- und Unterstützungsstrukturen, Rechte und Pflichten von Eltern oder auch übliche Abläufe und Verhaltensweisen seien nicht ausreichend bekannt. Als Beispiel wurde die mangelhafte Kommunikation zwischen Eltern und Schule genannt.

Zur Verbesserung der Situation wurden mehrsprachige Informationen und Materialien (z.B. zum Bildungs- und Ausbildungssystem) bzw. innovative Formen der Übersetzung gefordert. Die Ressourcen der Universität z.B. durch die ausländischen Studierenden sollten eingebunden werden.

Eine Förderung von sozialraumnaher Begegnung (Schule als ‚Stadtteilschule‘) wurde gewünscht, um hier mehr Kenntnis voneinander und Sensibilität füreinander zu schaffen.

Schalt- und Beratungsstellen, die räumlich und finanziell gut ausgestattet sind und Informationen über Angebote geben bzw. bei Anliegen Anlaufstellen sein können, hielten die Teilnehmenden für notwendig.



Fortbildungen zur Förderung von interkultureller Kompetenz

In einigen Arbeitsgruppen wurde hervorgehoben, dass systematische Schulungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter insbesondere aus Verwaltung und Schule im Bereich der ‚Interkulturellen Kompetenz‘ sowie eine Kenntnis-

erweiterung bezüglich der Situation von Migranten und die Reflexion der eigenen Verhaltensweisen die Voraussetzung dafür seien, um im beruflichen Rahmen angemessen mit den Menschen aus dieser Bevölkerungsgruppe umgehen zu können.

Arbeitsmarkt

Die Arbeitsgruppe ‚Arbeit und Wirtschaft‘ stellte vor allem strukturelle Benachteiligungen für Migrant/innen auf dem Arbeitsmarkt durch Nichtanerkennung von Berufsabschlüssen aus den Herkunftsländern, fehlende Arbeitsplätze und Fördermöglichkeiten sowie Beschäftigung im Niedriglohnbereich fest. Auch hier galt die Netzwerkarbeit als Lösungsansatz, aber auch die Schaffung von regulären Arbeitsplätzen und verbesserte Fördermöglichkeiten wurden gefordert.

Begegnung und Offenheit

Insgesamt kritisierten die Arbeitsgruppen zu wenig Begegnung unter den Bevölkerungsgruppen, es fehle die Offenheit der Migrantinnen und Migranten und der Mehrheitsgesellschaft füreinander. Wichtig sei es, dass die Eingewanderten ein Heimatgefühl und die Menschen der Aufnahmegesellschaft mehr Verständnis und Sensibilität gegenüber den persönlichen Schicksalen der Migranten entwickeln können, z.B. durch die Auseinandersetzung mit dem Thema ‚Fremdheit‘.

Darstellung der Ergebnisse



Arbeitsgruppe 1a: Bildung und Erziehung

Aufgrund des großen Zuspruchs musste die Gruppe in zwei Untergruppen geteilt werden. Die Teilnehmenden setzten sich zusammen aus Lehrerinnen und Lehrer verschiedener Schulen, Vertreterinnen und Vertreter von Jugendhilfeträgern, Weiterbildungseinrichtungen, Wohlfahrtsverbänden, der Familienbildung, des Jugendamtes, verschiedener Jugendverbände, Migrantenorganisationen sowie Mitgliedern des Seniorenbeirats und des Ausländerbeirates.

Moderation: Frau Birgit Thau, ADD Schulaufsicht Koblenz

	Welche Erfahrungen machen wir in unserem Arbeitsfeld hinsichtlich der Integration von Migrant/innen? Was läuft, was läuft nicht?	Welche Strategien für eine zukunftsorientierte Integrationspolitik in Koblenz sind nötig?	Welche Voraussetzungen müssen für deren Umsetzung geschaffen werden?
Bildung und Erziehung Gruppe 1a	<ul style="list-style-type: none"> - Die Jugendlichen sind offen, Angebote anzunehmen - Die finanzielle Unterstützung der Vereine (Sport, Merhaba u.a.) läuft gut - Sokrates Programm und Sprachförderung sind positiv - Landesprojekte wie Boris für Migranten oder die Ganztagschule sind positiv - Sprachförderung in Kitas wird umgesetzt - Es fehlen ""Übersetzer"" in Schulen ohne Muttersprachenlehrer - eingeschränktes Berufsangebot für Migranten - nicht genügend Sprachförderung in Deutsch - bestehende Angebote werden von Migranten nicht wahrgenommen 	<ul style="list-style-type: none"> - Schwerpunkt der Integrationsarbeit muss in der Schule liegen, z.B. über Schulsozialarbeit und Erwachsenenbildung (Schule versteht sich als Stadtteilschule) - Sprachprogramme / Sprachförderung muss erweitert werden - Kommunikation: flächendeckende Vernetzung aller Akteure (Träger, Vereine, Jugendamt, innerschulische - außerschulische Verbindungen knüpfen) - Das Bildungs- und Ausbildungssystem muss den Migranten verständlich vermittelt werden z.B. durch Muttersprachen- und deutsche Lehrer (Tandem) - Elterninformationen müssen bilingual erfolgen - Bestandsaufnahme: Erfassen dessen, was es bereits gibt, es bündeln und bekannt machen - Ausbau und Kompetenzentwicklung von Beratungsstellen - Die Auseinandersetzung mit interkultureller Kompetenz muss aktiv stattfinden, d.h. Schulung der Beamten, Angestellten u.ä. 	<ul style="list-style-type: none"> - mehr Geld in die Ausbildung und Kompetenzentwicklung der Menschen investieren (z.B. Verwaltung)



Arbeitsgruppe 1b: Bildung und Erziehung

Moderation: Frau Sigrid Frank-Morher, Katholische Familienbildungsstätte Koblenz

	Welche Erfahrungen machen wir in unserem Arbeitsfeld hinsichtlich der Integration von Migrant/innen? Was läuft, was läuft nicht?	Welche Strategien für eine zukunftsorientierte Integrationspolitik in Koblenz sind nötig?	Welche Voraussetzungen müssen für deren Umsetzung geschaffen werden?
Bildung und Erziehung Gruppe 1b	<ul style="list-style-type: none"> - mangelnde Sprachförderung im Grundschulbereich und Kita - mangelnde Sprachkenntnisse bei Einschulung werden festgestellt - mangelnde Sprachkenntnisse vor allem bei Frauen (mangelndes Interesse als Hintergrund?) - Begabungen werden nicht erkannt (IQ von Migrant(en) wird an der Deutschkompetenz gemessen) - mangelnde Verbindung zwischen Eltern - Schule - Kindergarten - ausländische Studenten werden nicht um Unterstützung z.B. bei der Beratung gebeten - Information über das Schulsystem (zweisprachig) fehlt - positiv ist: <ul style="list-style-type: none"> - Interkulturelle Wochen - Geschenkpaket zur Begrüßung - Veranstaltung heute 	<ul style="list-style-type: none"> - Vernetzung zwischen Stadt und Universität muss etabliert werden - Verstärkter gegenseitiger kultureller Austausch ist notwendig - Auseinandersetzung mit der Thematik "Fremdheit" z.B. für Personal von Bildungsstätten und Schulen - Sprachkurse im Familienverbund - Elternrechte und -pflichten müssen zweisprachig vermittelt werden 	<ul style="list-style-type: none"> - Qualifizierung und Fortbildung von Lehrkräften in den Bereichen Deutsch als Fremd- oder Zweitsprache (DAF; DAZ) - Eine Beratungsstelle für den Übergang von Schule zum Beruf, Studium ist notwendig - Finanzierung der Maßnahmen muss sichergestellt sein - Koordination erforderlich: Netzwerke bilden, Steuerungsgruppe einrichten - geeignete Räumlichkeiten für Beratung, Koordination müssen geschaffen werden - Schaltstellen sind zu schaffen zur Information in Bezug auf Anliegen und Angebote - Medien müssen einbezogen werden (z.B. für Bildungsprogramme) - Begegnung unter Menschen verschiedener Herkunft muss sozialraumnah initiiert werden



Arbeitsgruppe 2: Arbeit und Wirtschaft

In der Arbeitsgruppe wirkten mit: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Agentur für Arbeit, der kommunalen LOS-Koordination, der Migrationsdienste der Wohlfahrtsverbände, der Bildungsträger, Lehrerinnen und Lehrer und Mitglieder des Ausländerbeirates.

Moderation: Frau Gabriele Rummeny, Agentur für Arbeit Koblenz

	Welche Erfahrungen machen wir in unserem Arbeitsfeld hinsichtlich der Integration von Migrant/innen? Was läuft, was läuft nicht?	Welche Strategien für eine zukunftsorientierte Integrationspolitik in Koblenz sind nötig?	Welche Voraussetzungen müssen für deren Umsetzung geschaffen werden?
Arbeit und Wirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> - gesetzliche Rahmenbedingungen erschweren die Situation von Migranten - Vorrang von deutschen Arbeitnehmern bedeutet eine Benachteiligung der Migranten - Im Niedriglohnbereich herrscht Ausnutzung und Ausbeutung vor allem von Migranten - Die Löhne sind häufig niedriger als das Arbeitslosengeld II - strukturelle Benachteiligung wegen: <ul style="list-style-type: none"> - Nichtanerkennung der Berufsabschlüsse des Herkunftslands - fehlenden Arbeitsplätzen - fehlenden Fördermöglichkeiten 	<ul style="list-style-type: none"> - Gründung eines Netzwerks mit Koordination - Maßnahmebündelung mit Controlling ist erforderlich - Schaffung von regulären Arbeitsplätzen ist notwendig 	<ul style="list-style-type: none"> - Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle mit finanzieller Unterstützung



Arbeitsgruppe 3: Verwaltung und Organisation

Die Arbeitsgruppe setzte sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertreter der Ausländerbehörde, des Ausländerbeirats, des Ordnungsamtes, von Migrantenorganisationen und des Seniorenbeirats

Moderation: Herr Josef Hehl, Leites der Abteilung Wahlen des Ordnungsamtes der Stadt Koblenz

	Welche Erfahrungen machen wir in unserem Arbeitsfeld hinsichtlich der Integration von Migrant/innen? Was läuft, was läuft nicht?	Welche Strategien für eine zukunftsorientierte Integrationspolitik in Koblenz sind nötig?	Welche Voraussetzungen müssen für deren Umsetzung geschaffen werden?
Verwaltung und Organisation	<ul style="list-style-type: none"> - keine Transparenz der Verwaltungsabläufe - keine Mitarbeiter mit Migrationshintergrund - Notwendig: Schulung der Mitarbeiter in den Bereichen Interkulturelle Kompetenz und Öffnung - Mitarbeiter und Verwaltungsbereiche sind überfordert und überlastet - Sprachschwierigkeiten hemmen die Kommunikation - Positiv: <ul style="list-style-type: none"> - LOS-Projekte - Ausländerbeirat - Stadt hat zusätzliche Kräfte eingestellt - 1. Preis im Bereich Kriminalprävention als Beispiel für gute Vernetzung - Es gibt auch gute Beratung - Negativ: <ul style="list-style-type: none"> - räumliche Enge im Verwaltungsbereich - räumliche Trennung der für Integration zuständigen Verwaltungsbereiche 	<ul style="list-style-type: none"> - es braucht ein offenes Gesprächsforum für die Akteure - interkulturelle Schulung aller Mitarbeiter ist nötig - Ergänzung durch Honorarkräfte zur Unterstützung der Arbeit ist nötig - Die Vernetzung der Ämter ist nötig - Die Vernetzung der Politik ist geboten - Eine Steuerungsgruppe ist notwendig - Ressourcen im Arbeitsfeld müssen ermittelt und gebündelt werden - klare Vorgaben für die Integrationsarbeit sind nötig - der Stellenwert der Arbeit muss festgelegt werden 	<ul style="list-style-type: none"> - Integration muss politisch gewollt sein - Eine Steuerungsgruppe muss gebildet werden - Ein Migrationsausschuss ist nötig - Ein hauptamtlicher Bereich für Integration zur Koordinierung der Aufgaben fehlt - Klarer Auftrag & Definition von Integration durch Politik und Stadtspitze ist Voraussetzung für die Arbeit



Arbeitsgruppe 4: Soziale Dienste und Beratung

Die Arbeitsgruppe setzte sich zusammen aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wohlfahrtsverbände (Caritas und AWO) Vertreterinnen und Vertreter des Seniorenbeirates, der Sportjugend RLP, des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, von Vereinen.

Moderation: Herr Dr. Kues, Caritasverband Koblenz

	Welche Erfahrungen machen wir in unserem Arbeitsfeld hinsichtlich der Integration von Migrant/innen? Was läuft, was läuft nicht?	Welche Strategien für eine zukunftsorientierte Integrationspolitik in Koblenz sind nötig?	Welche Voraussetzungen müssen für deren Umsetzung geschaffen werden?
Soziale Dienste und Beratung	<ul style="list-style-type: none"> - Es fehlt die Bereitschaft zur Integration auf einheimischer Seite. Bemühungen und Bewusstseinsbildung sind hier notwendig. - Sprachbarrieren stellen ein Hindernis dar <ul style="list-style-type: none"> - in der priv. Gemeinschaft (Vereine z.B.) - Für die Integration in den 1. Arbeitsmarkt - Kulturelle Unterschiede lösen Ängste bei Migrant/innen aus (Familientradition) - Unter Migranten ist die Tendenz: ‚Zurück zu den Wurzeln‘ zu beobachten, auch bei 3. Generation! - Suchtprobleme bei (jungen) Migranten bestehen - Es bestehen allgemeine Informationsdefizite 	<ul style="list-style-type: none"> - Annäherung der Migranten an unsere Kultur ist notwendig und Offenheit für diese Annäherung muss geschaffen werden - Sensibilität für persönliche Schicksale bei allen Akteuren (Verwaltung, Verbände etc.) - Lösungen müssen gefunden werden für den Umgang mit Personen im Status der ""Illegalität"" - Sicherung des Schulbesuchs etc. Vernetzung und Abstimmung der verschiedenen Akteure ist notwendig, aber kein Aktionismus erwünscht - Analyse dessen, was es an Integrationsmaßnahmen schon gibt, fehlt - Einbindung der Migrantorganisationen ist wichtig für eine veränderte Politik 	<ul style="list-style-type: none"> - Es besteht eine Diskrepanz zwischen den gewünschten und notwendigen Maßnahmen und den zur Verfügung stehenden Mitteln. Notwendig wäre mehr Lobbyarbeit, auch in der Wirtschaft - Verbesserung der Kommunikation im Verwaltungsbereich ist notwendig, die Migrationsberatung in die Verwaltung integrieren - Überprüfung und vor allem Optimierung der sozialen Dienste für Migranten hinsichtlich <ul style="list-style-type: none"> - Sprache - Arbeit - Bildung - Nationalitäten - Alter - Heimatgefühl vermitteln

Politische Entscheidung auf breiter Basis erforderlich

Vito Contento, Vorsitzender des Koblenzer Ausländerbeirates

In seinem Beitrag würdigte Vito Contento die Leistungen im Bereich der Integrationspolitik, die Koblenz aktuell bereits erbringt. Er schätzte sie als einen guten Ausgangspunkt für weitere notwendige Entwicklungsschritte, um der Situation der etwa 10.000 Koblenzer nicht-deutscher Herkunft gerecht zu werden.

Seit seiner Neu-Konstituierung im Januar diesen Jahres habe der Ausländerbeirat sich für die Entwicklung eines strategischen Konzeptes eingesetzt. Der Ausländerbeirat verstehe sich als wichtiger Impulsgeber im Hinblick auf die Integrationsarbeit und habe daher im Vorfeld dieser Tagung viele Gespräche mit Vertretern der Wohlfahrtsverbände, Fraktionen und der Verwaltung geführt, um die Weichen für eine Neuorientierung zu stellen.

„Es besteht ein Entwicklungsbedarf“, so Contento, „besonders hinsichtlich der Koordination, Vernetzung und Steuerung der integrationspolitischen Akteure und Aktivitäten in Koblenz“. Als Voraussetzung für eine erfolgreiche Neuorientierung der Koblenzer Integrationspolitik hält er eine politische Entscheidung auf breiter Basis für unentbehrlich. Am Anfang müsse die Entwicklung eines Leitbildes stehen, in dem



festgehalten werde, was die Verantwortlichen in Koblenz unter „Integration“ verstünden. In einem zweiten Schritt sollte es darum gehen, dieses Leitbild mit Zielen und Maßnahmen zu untersetzen. Und schließlich sei das Ziel, diese neue strategische Ausrichtung mit Leben zu füllen und umzusetzen.

Contento versprach mit den Partnern innerhalb und außerhalb der Verwaltung und mit den politischen Parteien weiter zu arbeiten, um den mit dieser Veranstaltung angestoßenen Prozess fortzuführen. Er äußerte seinen Wunsch, dass diese Bemühungen durch InPact als externer Partner unterstützt und begleitet würden.

Vernetzung und klare Verantwortlichkeiten als erste Schritte einer strategischen Integrationspolitik in Koblenz

Dr. Eberhard Schulte-Wissermann, Oberbürgermeister der Stadt Koblenz

Dr. Schulte-Wissermann äußerte im Schlusswort seine Zufriedenheit über die durch die Veranstaltung neu gewonnenen Erkenntnisse in Bezug auf eine strategisch ausgerichtete kommunale Integrationspolitik. Er würdigte den Vortrag über die Strategien kommunaler Integrationspolitik sowie die Berichte der Städte Wiesbaden und Solingen und schätzte die konstruktive Kritik der in den ‚Tischgesprächen‘ erarbeiteten Ergebnisse, die Positives wie Negatives aufgegriffen hätten.

Er verwies darauf, dass Koblenz allein schon deshalb über eine sehr gute Basis für gelungene Integrationsarbeit verfüge, weil seit dem Kriegsende im Koblenzer Stadtrat niemals eine rechtsextreme Partei vertreten gewesen sei. Dabei verstehe er Integration als ein Element gleichberechtigter Teilhabe, wobei die Aspekte des Förderns und Forderns gleichermaßen berücksichtigt werden müssten.

Aus seiner Sicht sei in der Veranstaltung deutlich geworden, dass Integration planmäßig, eingebettet in ein Gesamtkonzept stattfinden müsse und man nicht in Aktionismus verfallen dürfe. Beispielhaft erschien ihm dafür die strukturierte Herangehensweise und Umsetzung dieser Aufgabe nach dem Vorbild von Wiesbaden.

Als ersten Schritt für die Umsetzung in Koblenz sah der Oberbürgermeister die Notwendigkeit einer Bestandsaufnahme um zu ermitteln, wie weit Koblenz von den Strukturen Wiesbadens entfernt sei. Ausgangspunkt für die Entwicklung eines integrierten Gesamtkonzeptes müsse eine Analyse sein, in welchen Bereichen innerhalb der Verwaltung wie auch außerhalb Defizite in der Integrationsarbeit bestünden. So ließen sich anschließend entsprechende



Handlungsfelder identifizieren und beschreiben.

In einer ersten vorläufigen Bilanz nannte er zwei Schwerpunkte notwendiger Aktivitäten:

- die Vernetzung aller Akteure innerhalb und außerhalb der Verwaltung,
- die Festlegung einer klaren Verantwortung für Integrationspolitik innerhalb der Verwaltung.

Hierzu, versprach Dr. Schulte-Wissermann, werde sich die Verwaltung Gedanken machen und die Betroffenen rechtzeitig über die weiteren Planungen informieren. Der Oberbürgermeister dankte allen an der Veranstaltung beteiligten Akteuren.

Programm

- 14:00 Uhr** **Begrüßung durch Oberbürgermeister Dr. Eberhard Schulte-Wissermann**
- 14:10 Uhr** **Ein Blick über die Stadtgrenzen:**
Mit welchen kommunalen Strategien kann Integration nachhaltig organisiert werden?
 Miguel Vicente, AG der Ausländerbeiräte in Rheinland-Pfalz (AGARP)
- 14:40 Uhr** **Das Integrationskonzept der Stadt Wiesbaden**
 Jeanine Rudolph, Einwohner und Integrationsamt der Stadt Wiesbaden
- 15:10 Uhr** **Das interkulturelle Gesamtkonzept der Stadt Solingen**
 Anne Wehkamp, Ausländerbeauftragte der Stadt Solingen
- 15:40 Uhr** **Pause**
- 16:00 Uhr** **Koblenzer Tischgespräche:**
Teilnehmer/innen diskutieren Themen bezogen auf Erfahrungen und Bedarfe für die Integration von Migrantinnen und Migranten in der Stadt Koblenz
- 16:45 Uhr** **Vielfalt am Deutschen Eck:**
Perspektiven für eine Koblenzer Integrationspolitik
Diskussion der Teilnehmer/innen mit den Referenten/innen sowie dem Oberbürgermeister und dem Vorsitzenden des Ausländerbeirates Koblenz
 Moderation: Astrid Becker, Schneider Organisationsberatung
- 17:50 Uhr** **Vom Stadtgespräch zur Stadtpolitik**
Schlusswort und Ausblick

Gesamtmoderation: Doris Hormel, Arbeit und Leben gGmbH

Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Koblenzer Stadtgesprächs am 23.09.2005

Alic, Abdulgani - Lehrerverein Rheinland-Pfalz/ Saarland e. V.
 Altinok, Fatma - Ausländerbeirat Koblenz
 Artz, Monika - Seniorenbeirat Koblenz,
 Bajwa, Saima - Ahmadiyaa Gemeinde, Tahir Moschee, Koblenz
 Beyer, Christiane - SPD-Ratsfraktion, AWO
 Bogler, Helmut - Freundschaftskreis Koblenz-Varazdin
 Borst, J. - Merhaba
 Brustolon, Stefano - Ausländerbeirat Koblenz
 Contento, Vito - Vorsitzender Ausländerbeirat Koblenz
 Czielinski, Jürgen - Amt für Wirtschaftsförderung Stadt Koblenz
 Czysewski, Christel - Schenkendorfschule, Koblenz
 Degner, Ingo - Seniorenbeirat Koblenz
 DiPrato, Vincenzo - Ausländerbeirat Mayen-Koblenz
 Doetsch, August - Freundschaftskreis Koblenz-Varazdin
 Eich-Weddeling, Birgit - Caritasverband Koblenz
 Eisenberg, Betja - Ausländerbeirat Mayen-Koblenz
 Engel, Jacqueline - Ausländerbeirat Mayen-Koblenz
 Erdogan, Mehmet - Ausländerbeirat Koblenz
 Far, Homaei - Ausländerbeirat Koblenz
 Frank-Morher, Sigrid - Kath. Familienbildungsstätte Koblenz
 Gaydina, Ludmila - Ausländerbeirates Koblenz, Eurasika e. V.
 Golowin, Pawel
 Groß, Guido - Katholische Hochschulgemeinde
 Güler, B. - Merhaba Begegnungszentrum Koblenz
 Günana, Cengiz - Ausländerbeirat der Stadt Höhr-Grenzhausen
 H. Henrichs
 Habrock-Henrich, Petra
 Hahn, Ernst - Landeszentrale für politische Bildung Koblenz
 Hahn, Manfred - FBG
 Hehl, Josef - Ordnungsamt der Stadt Koblenz
 Heinrich, Heribert - MdL, SPD
 Hochhuth, Anne - HS auf der Karthause, Koblenz
 Hoernchen, Edith - CDU Stadtrat
 Holz Dr., Henriette
 Homaei Far Abootaleb - Ausländerbeirat Koblenz
 Hüther, Norbert - TSI Training - Seminare - International
 Jakobi, Elfriede - Solwodi e. V. Koblenz
 Kappallo, Adalbert - Leitender Regierungsdirektor Polizeipräsidium Koblenz
 Kaspers, Lothar - Regionalkoordinator Integration, bamf, Trier
 Keer, Marina - Caritasverband Koblenz, Projekt ""Schängel-Komnate""

Khan, Ishrat - West-östlicher Divan
 Kilicaslan, Ayse - Ausländerbeirat Mayen-Koblenz
 Kiptoo A. Kiprop
 Klewin, Michael - BBS-Technik
 Kotsis, Christos - Ausländerbeirat Koblenz
 Kues Dr., Wolfgang - Direktor des Caritasverband Koblenz
 Lanska, Natalia - Ausländerbeirat Koblenz
 Liebenborn
 López Salaver, Carmen - Ausländerbeirat Koblenz
 Magiros, Christiane - Ausländerbeirat Koblenz
 Marenbach, Ralf - Goethe Hauptschule Koblenz
 Mehmood, Shahida - Ahmadiyaa Gemeinde, Tahir Moschee, Koblenz
 Meinhardt-Bocklet, Henriette - SPD-Fraktion
 Mende, Brigitta - Internationaler Frauenclub, Koblenz
 Mohtashami Dr., Zabih - Bahai Gemeinde Koblenz
 Morher, Dieter - Kath. Familienbildungsstätte Koblenz
 Muscheid, Dieter Beigeordneter - Bürgermeister Stadt Koblenz
 Nelde, Klaus - Internationaler Bund (IB)
 Özen, Selim - AWO Rheinland e. V.
 Pauls, Lena - Caritasverband Koblenz, Projekt ""Schängel-Komnate""
 Pretzer, Anne - HS Overbergschule Koblenz
 Purto, Server - Früheres Mitglied des Ausländerbeirates
 Rothmann, Jürgen - Initiative Zuflucht
 Rummeny, Gabriele - Agentur für Arbeit Koblenz
 Rusch, Günther - Internationaler Bund (IB)
 Sauer, CDU-Ratsfraktion
 Schäfer, Dirk - Tribong Pinoy e. V.
 Schäfer, Hans-Peter - Ausländerbehörde Stadtverwaltung Koblenz
 Schritz, Manfred - HWK Koblenz
 Schulz, Martina - Bündnis 90 Die Grünen
 Schüller, Martina - Amt f. Jugend, Familie, Senioren, Soziales
 Sharafat, Nighut - Ahmadiyaa Gemeinde, Tahir Moschee, Koblenz
 Sokolovsky, Boris - TSI Training - Seminare - International
 Stein, Peter - LOS Koordination Stadtverwaltung Koblenz
 Thau, Birgit - ADD, Koblenz
 Theis, Gabriele - Polizeipräsidium Koblenz
 Theis-Scholz Dr., Margit - Diesterweg-Schule
 Vaeßen, Margerete - Freiherr-vom-Stein Grundschule Koblenz
 Walther - Seniorenbeirat Koblenz, Sozialdienst kath. Frauen
 Wiegel, Anne - Diakonisches Werk d. Ev. Kirchenkreises Koblenz

Die Angaben zu Name und Institutionen basieren auf den z.T. handschriftlichen Angaben der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Evtl. Unkorrektheiten und Unvollständigkeiten bitten wir zu entschuldigen